

Text André Fischer · Fotos Harald Sippel

LIEBER DISKUTIEREN STATT PROTESTIEREN

Stadt will Bürger noch mehr beteiligen



Auch die Kleinen haben eine Meinung: Bei den Kinderversammlungen, wie hier in Katzwang, können Mädchen und Jungen ihre Ideen äußern – etwa bei der Planung von Spielplätzen.

Mitgestalten und Mitreden – auch jenseits von Wahlen können Nürnbergerinnen und Nürnberger zu politischen Entscheidungen in ihrer Stadt ihre Meinung äußern. Bürgerbeteiligung hat spätestens seit „Stuttgart 21“ einen neuen Stellenwert. Institutionalisierte Verfahren, um Bürger mit einzubeziehen, gibt es in Nürnberg seit Langem. Doch die Stadt versucht auch, neue Wege zu gehen.

Die Parteien leiden an einem Erosionsprozess und tun sich schwer, vor allem jüngere Mitglieder zu bekommen. Gleichzeitig engagieren sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich. Immer mehr beziehen auch punktuell für oder gegen einzelne Projekte öffentlich Stellung – außerhalb von Parteien oder zuständigen Gremien. Das politische Interesse ist vorhanden; es drückt sich aber anders aus. Der Widerstand gegen den Neubau des Stuttgarter Bahnhofs hat gezeigt, dass inzwischen auch bürgerliche Schichten, die bislang bei Straßenprotesten kaum anzutreffen waren, bereit sind zu demonstrieren. Mit dem Begriff „Wutbürger“ fand sich auch rasch ein Name für die neue Entwicklung. Offenbar genügen die traditionellen

Beteiligungsprozesse den Bürgern nicht mehr. Viele haben das Gefühl, nicht ausreichend mitreden zu können und von der Politik nur noch formal eingebunden zu werden. In Nürnberg gibt es zahlreiche Ebenen für die Bürgerbeteiligung, doch die Stadt will noch mehr auf die Menschen zugehen. Michael Ruf, wissenschaftlicher Mitarbeiter von Oberbürgermeister Ulrich Maly, ist zuständig für 18 Bürgerversammlungen in unterschiedlichen Stadtteilen, die im Rhythmus von zwei Jahren stattfinden. Diese Versammlungen schreibt die Bayerische Gemeindeordnung vor. „Jeder Bürger darf das Wort ergreifen“, stellt Ruf fest. Trotzdem wirkt das Ritual starr: Die Stadtspitze gibt einen Überblick über die Entwicklung der einzelnen Bürgerversammlungs-

bereiche, dann dürfen örtliche Vertreter von insgesamt 33 Bürger- und Vorstadtvereinen ihre Anliegen vortragen, schließlich sind einzelne Bürger an der Reihe, können Fragen stellen und Kritik üben. Was die Fachreferenten an der Seite von OB Maly nicht gleich beantworten können, erfolgt dann schriftlich. Diskussionen können so nicht entstehen. „Wir haben schon viele Veränderungen überlegt, am Ende aber doch wieder verworfen“, so Maly.

kanten, sind Brennpunktschulen, Verkehrsprobleme sowie die Defizite bei den Grünflächen für die Südstädter wichtige Themen. Quer durch das gesamte Stadtgebiet, so Ruf, seien Hundekot und zu schnelles Fahren vor Schulen immer wieder die am meisten angesprochenen Themen. Leider würden sich die Kritiker auf Bürgerversammlungen meistens stärker artikulieren als die Befürworter eines Vorhabens.



Offenbar haben die Versammlungen auch die Funktion, dass die Bürger einmal ihren Ärger loswerden können.

Repräsentativ ist die Zusammensetzung von Bürgerversammlungen meistens nicht. Die Beteiligung hängt letztlich vom Organisationsgrad der jeweils betroffenen Bürger- und Vorstadtvereine ab. Während die Bürgerversammlungen in Langwasser, Fischbach oder Katzwang rappellvoll sind, kommen in der Südstadt im Vergleich zur Einwohnerzahl nur wenige. „Was sind 150 Teilnehmer bei einem Einzugsgebiet von 100 000 Einwohnern?“, gibt Ruf zu bedenken. Auch seien die Bedürfnisse der Bewohner in den einzelnen Stadtteilen höchst unterschiedlich. „Während die Kornburger ihre Anliegen höchst fundiert und offensiv vortragen, wären die Südstädter froh, wenn sie nur eher einfache Probleme hätten“, sagt Ruf. Beschäftigt die Kornburger etwa der Verbleib eines Geschwindigkeitsmessgeräts oder die Absenkung von Bordstein-

Die Versammlungen sind eine wichtige Plattform für die Bürgervereine. Peter Büttner, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Bürger- und Vorstadtvereine Nürnbergs, hält es für ganz wichtig, Mitglied in einem Bürgerverein zu sein, wenn man in der Stadt mitreden und sich an Entscheidungen beteiligen will: „Das überparteiliche Moment der Vereine ist unschätzbar. Sie sind für jeden offen und jeder kann seine Meinung sagen. Er muss aber auch Widerspruch akzeptieren.“ Die Arbeitsgemeinschaft hat insgesamt rund 20 000 Mitglieder; allein der Bürgerverein von Langwasser 3 600. Das sind mehr als SPD oder CSU haben. „Den Bürgervereinen geht es um Problemlösungen in den einzelnen Stadtteilen und nicht um Selbstdarstellung“, so Büttner. Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft fühlt sich auch von der Politik ernst genommen: „In den Projektbeiräten zum Flächennutzungsplan, zum Frankenschnellweg und zum Nahverkehrsentwicklungsplan waren wir vertreten.“ Die Anregungen seien aufgenommen und die Diskussionen versachlicht worden.

Bei der Bürgerversammlung in Katzwang standen im Februar 2011 Oberbürgermeister Ulrich Maly, Bürgermeister Horst Förther und Bürgermeister Klemens Gsell (v.r.) Rede und Antwort.

Lob hat Büttner auch für zwei weitere Entscheidungen von OB Ulrich Maly: „Die Bürgervereine haben ein Rederecht in den Ausschüssen des Stadtrats und über den OB können sie auch Anträge einbringen.“ Die Vorsitzenden der Bürgervereine treffen sich außerdem drei Mal im Jahr mit dem OB. Auch hier könne man sein Anliegen vorbringen. Büttner lehnt den Antrag von CSU und Freien, Bezirksausschüsse für einzelne Stadtteile wie in München oder Ingolstadt einzuführen, ab: „Das wären wieder nur Parteilisten wie für den Stadtrat und das würde unnötig Geld kosten.“ Die Annahme, dass Bezirksausschüsse für zufriedeneren Bürger sorgen würden, stimme nicht, so Büttner: „Die Stuttgarter Bezirksausschüsse haben den Kampf um Stuttgart 21 nicht verhindern können.“

Auch Maly hält wenig von dieser Form der Beteiligung: „Der Bezirksausausschuss ist ein Miniabbild des Stadtrats. Es gibt Fraktionen und Sitzungen. Der Bürger, der ein konkretes Verkehrsanliegen hat, sitzt bei uns im Verkehrsausschuss und darf nichts sagen, im Bezirksausschuss wäre es dasselbe. Das ist kein höheres Maß an Partizipation. Wenn ich ein Anliegen habe und mich nicht langfristig binden möchte, dann gehe ich zum Bürgerverein. Bürgervereine haben ein höheres Maß an Basisdemokratie als Bezirksausschüsse.“ Die Bezirksausschüsse in München und Ingolstadt werden von den Parteien bestimmt. Über die Anzahl der Sitze in den Stadtteilen entscheidet das Ergebnis der Kommunalwahlen. Im Kern geht es auch hier darum, den Sachverstand der Bürger für kommunalpolitische Entscheidungen zu nutzen. Die Bezirksausschüsse haben ein Anhörungs- und Unterrichtsrecht bei lokalen Themen – etwa bei der Verlegung von Ampeln oder bei der Festlegung von Sperrzeiten. Sie kosten aber auch richtig Geld.

„ES GEHT UMS GEMEINWOHL“

Hans J. Lietzmann, Professor an der Bergischen Universität Wuppertal, leitet seit 2004 die „Forschungsstelle Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie“. Der 58-jährige Politikwissenschaftler hat mit seinen Mitarbeitern ein Verfahren entwickelt, wie die Bürger mit ihren Kompetenzen mehr als bisher in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden können.

Sind die Bürger ausreichend eingebunden?

Lietzmann: Nein, das sind sie nicht. Vor allem bei Planungsverfahren für Großprojekte haben wir ein Vorgehen der Verwaltung, das noch tief in obrigkeitstaatlichen Strukturen verankert ist. Es ist rechtstaatlich sehr gut durchdefiniert. Aber es sind keine demokratischen Mitentscheidungsrechte. Es sind nur die Zuständigkeiten geregelt. Die Transparenz dieser Verfahren ist demokratisch nicht hinreichend.

Wie könnten neue Formen der Bürgerbeteiligung aussehen?

Lietzmann: Neue Formen könnten so aussehen, dass sich nicht nur diejenigen beteiligen, die zwingend Einsprüche gegen Projekte machen können, weil ihnen unmittelbar ihre Vorgärten, ihre Eigentumsrechte oder Ähnliches verletzt werden, sondern dass auch die Bürgerschaft einer Region gefragt wird und mitentscheiden kann. Es geht dabei um eine Gemeinwohlsentscheidung, ob die Bürgerschaft ein bestimmtes Projekt will, sei es eine Straße, ein Innenstadtprojekt oder ein Energieprojekt mit Wind- oder Solaranlagen. Das sollte von den Bürgern in ihrer Eigenschaft als Bürger und nicht als individuelle Rechtebesitzer mitentschieden werden.

Führt mehr direkte Demokratie zu mehr Gruppenegoismus?

Lietzmann: Nein. Weil momentan jeder nur seine eigenen egoistischen Interessen vertreten kann. Wenn er alleine der Verwaltung gegenübersteht, dann eskalieren diese Prozesse zu sehr engherzigen Streitigkeiten. Wenn allerdings eine Gruppe, in der viele unterschiedliche bürgerliche Interessen vertreten sind, diskutiert, dann müssen sich die Beteiligten erst einmal untereinander arrangieren und erst dann bekommen die Bürger einen Blick für Kompromisse und Gestaltungsmöglichkeiten. Sie müssen lernen, andere Ansichten und Alternativen zu berücksichtigen. Das ist ein Lernprozess. Den haben die Parlamente im vergangenen Jahrhundert hinter sich gebracht. Jetzt geht es darum, dass auch die Bürger als Bewohner der Städte und der Region sich in diesen Prozess einschalten können.



Professor Hans J. Lietzmann. Foto: Karlheinz Daut.

Müssten Experten ihr Fachwissen nicht verstärkt für die Bürger übersetzen, damit diese wissen, worüber sie entscheiden?

Lietzmann: So wie die Parlamente ihre Experten haben und eine Anhörung brauchen, so benötigt auch das bürgerschaftliche Engagement eine Expertise, die von außen kommt. Die Bürger werden sich in ihrem Beteiligungsverfahren natürlich auch Experten zu Rate holen, Gutachten schreiben lassen und sich an diesen Gutachten orientieren.

Das wäre eine Mischung aus rechtstaatlichem Verwaltungsverfahren und direkter Demokratie.

Lietzmann: Genau.

Ist so ein Verfahren überhaupt noch steuerbar und dauern die Projekte nicht noch viel länger als bisher?

Lietzmann: Nein, ich glaube nicht, dass das länger dauert, weil derzeit die vielen Einzelinteressen in aufwändigen Gerichtsverfahren langwierig ausgetragen werden müssen. Diese Einzelinteressen könnten in einem Diskussionsforum unter den Bürgern vorab eingefangen und koordiniert werden. Unsere Erfahrung ist, je früher man die Bürger mit ihrer Gestaltungsmacht beteiligt, desto zügiger werden die Verfahren zum Ende hin. Demokratie braucht Zeit. Diktatorische Entscheidungen kann man sehr schnell haben, sie tragen aber nicht lange. Demokratische Entscheidungen haben eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung und die Streitigkeiten nach der Entscheidung hören schneller auf.

Können höchst umstrittene Verfahren durch eine verstärkte Beteiligung im Vorfeld an Akzeptanz gewinnen?

Lietzmann: Ja, diese Erfahrung haben wir gemacht. Wenn man ein Bürgerbeteiligungsverfahren bei großen Verkehrsprojekten früh einschaltet und die Bürger verschiedene Möglichkeiten untereinander diskutieren lässt. Es kommen zunächst noch weitere Alternativen, an die die Verwaltung noch gar nicht gedacht hat, ins Spiel. Es gibt dann einen Kompromiss unter den Bürgern. Wer am Ende gegen diese Entscheidung angeht, isoliert sich gegenüber den anderen Bürgern. Das ist eine ganz andere Ausgangsposition als wenn man sich gegenüber einer für böse oder borniert gehaltenen Verwaltung aufspielen kann.

Die Diskussion mit Heiner Geißler hat die Situation in Stuttgart nicht verändert. Vor dem Schlichtungsverfahren haben 15 000, danach haben 13 000 gegen die Tieferlegung des Bahnhofs demonstriert. Hätte es überhaupt einen Kompromiss geben können?

Lietzmann: Es hätte vor allem ein anderes Verfahren geben können. Am Schluss haben unter Leitung von Heiner Geißler ja nur diejenigen diskutiert, die mit ihren Interessen schon lange, lange in dem Prozess involviert waren. Wir brauchen aber ein Bürgerbeteiligungsverfahren, das über ein Zufallsverfahren Bürger aus der Bürgerschaft und nicht nur Interessenträger auswählt. In dem Stuttgarter Verfahren ist es ja von der Dynamik her gar nicht denkbar, dass die Bahn AG, die Bürgerinitiativen oder die beteiligten Parteien von ihren Positionen herunterkönnen, sie waren nicht kompromissfähig. Wenn Sie aber Bürger beteiligen, die Sie zufällig ausgesucht haben, so wie man Bürger bei einer Befragung aussucht – diese Verfahren gibt es und sie sind sehr tragfähig –, sie miteinander diskutieren lässt, dann Experten hinzuholt und die Bürger dann einen Vorschlag machen, dann werden sie ein sehr tragfähiges Ergebnis bekommen.

Gibt es ein Beispiel für Ihr Verfahren?

Lietzmann: Ja, wir führen solche Verfahren mit Kooperationspartnern seit 20 Jahren durch. Inzwischen sind es weit über 150. Meistens wird es in Form von Planungsfällen gemacht. Partner, die eng mit uns zusammenarbeiten, haben viele Projekte in den letzten Jahren in Japan, Großbritannien, aber auch in den USA durchgeführt. Zufällig ausgewählte Bürger machen einen Gestaltungsvorschlag. Es sind tragfähige Vorschläge mit einer hohen Akzeptanz in der Bevölkerung herausgekommen und einer großen Realisierbarkeit von Seiten der Verwaltung.

Ulrich Maly ist zum Kommunalwahlkampf 2002 mit der Devise „Stadtpolitik im Dialog“ angetreten. Ein Teil des Konzepts waren Fahrradtouren in einzelnen Stadtteilen und Gespräche mit den Bürgern. Daraus wurde nach seiner Wahl die mobile Bürgerversammlung: Mit dem Fahrrad fährt Maly vier bis sechs Mal im Jahr Strecken ab, diskutiert mit den Bürgern Probleme und lässt sich vor Ort über Entwicklungen informieren. Mit dabei sind Stadträte, aber auch Mitglieder der Stadtverwaltung.

Für dieses Bürgerinformationsmodell hat die Stadt Nürnberg 2008 den Deutschen Fahrradpreis erhalten. Andere Städte haben es kopiert. „Wir fahren auch dorthin, wo es weh tut“, sagt Ruf. Er erinnert dabei an das Milchhofgelände, das dann doch abgerissen wurde, und das Frankenbad, das zumachen musste, wo es jeweils heftige Kritik gab. „Es waren schwierige Abende. Wichtig war, dass sich die Stadtspitze den Diskussionen stellte“, so Ruf. Auch wenn nicht alle am Ende zufrieden waren und die Themen nicht ausdiskutiert wurden, so gab es doch eine Versachlichung der Auseinandersetzung.

Die mobile Bürgerversammlung zeichnet aus, dass Interessierte ohne großen Aufwand kompetente Informationen von der Stadtverwaltung bekommen und Themen mit dem Oberbürgermeister oder den städtischen Referenten auch einmal ohne starre Rituale diskutieren können. Diese Form des niedrigschwelligen Gesprächsangebots möchte Ruf auch auf andere Ebenen übertragen: „Wir brauchen mehr direkte Dialoge mit den Bürgern.“ Man müsse von den Emotionen wegkommen und noch mehr vor Ort informieren.

Ideen und Wünsche gefragt

Veränderungen im Straßenbahnbereich, die Reaktivierung des Quelle-Geländes und die Planungen für den kreuzungsfreien Ausbau des Frankenschnellwegs werden in diesem Jahr von Informationsveranstaltungen für die direkt Betroffenen begleitet, kündigt Ruf an. In der Vergangenheit habe die Stadt gute Erfahrungen damit gemacht. Ruf erinnert dabei an die Planungen für den Nelson-Mandela-Platz und an die Entwürfe für die Bebauung des Tiefen Felds. Bei jeder Modernisierung eines Spielplatzes werden die Nutzer, die

Kinder gefragt, was sie wollen und welche Ideen sie haben.

Auch die Möglichkeiten des Internets will die Stadt für die Beantwortung allgemeiner Fragen verstärkt nutzen. Vor allem zur Stadtplanung soll mehr Material im Netz stehen. Bei der Nutzung sozialer Netzwerke im Internet will die Stadt dagegen erst einmal abwarten, wie die Probeläufe beim Tiergarten und den Museen ausfallen. „Wenn die Dialogforen nicht laufend gepflegt und verändert werden, dann sind sie wirkungslos“, sagt Ruf. Dann werde Bürgerbeteiligung nur vorgetäuscht.

Niedrigschwellige Angebote

Gesucht wird derzeit noch nach Möglichkeiten, vor allem im Stadtwesten, mehr Bürger für die Stadtentwicklung im eigenen Umfeld zu aktivieren. „Unsere Analyse hat ergeben, dass die eher geringe Bürgerbeteiligung auf soziale Grenzen und weniger auf ethnische zurückzuführen ist“, meint Ruf. Derzeit prüfe die Stadt niedrigschwellige Aktivierungsformen, um Bürger neugierig zu machen. „Die Frage ist, wie gewinnen wir mehr Menschen für Zukunftsfragen?“

Für Maly steht fest, dass Stadtverwaltung und Politik mit den Bürgern noch mehr kommunizieren und sie mehr informieren müssen. Nur auf diese Weise könnten Bürgerbeteiligung und Zufriedenheit der Bürger zunehmen. Dabei würden als Vorgabe starre Regeln und Gesprächsformen wenig nützen. Sie müssten auf den jeweiligen Zweck zugeschnitten sein, denn für manche Themen müsse man die Öffentlichkeit erst interessieren, andere würden sofort polarisieren: „Die gesetzlich formalisierten und vorgeschriebenen Beteiligungsprozesse reichen schon lange nicht mehr aus. Die Zutrittsschwellen sind zu hoch und zu kompliziert. Da gibt es eine Planauslage, da werden zehn Ordner hingestellt. Man bräuchte einen Bausachverständigen, einen Hydrogeologen und einen Rechtsanwalt, um überhaupt eine qualifizierte Stellungnahme abgeben zu können. Diese formalisierten Beteiligungsverfahren ersetzen außerdem nicht die Kommunikation.“

Für den OB ist es deshalb wichtig, dass Fachleute aus dem Bau- und Planungsbereich mehr als bisher ihre

Pläne den Laien erklären, um rechtzeitig Polarisierungen zu verhindern. Es könne nicht über jeden Baum öffentlich abgestimmt werden, es müsse den Menschen aber erklärt werden, was passiert. „Wir brauchen keine neuen gesetzlichen Regelungen. Wir müssen aber bei allen Planungen die gesetzlichen Regelungen für eine Bürgerbeteiligung durch weitere Kommunikationsprozesse ergänzen“, ist sich der

OB sicher. Das Planungsrecht dürfe nicht noch komplizierter werden.

Für Maly gibt es auch Grenzen der Bürgerbeteiligung, denn Egoismus könne nie ausgeschlossen werden. Bei den Beteiligungsverfahren müssten deshalb die Rollen von Anfang an geklärt sein: „Wir haben bei der Einladung zum Projektbeirat Franken-



schnellweg nie gesagt, wenn es eine Mehrheit gegen das Projekt gibt, dann wird er nicht gebaut. Die Rolle des Projektbeirats war, die unterschiedlichen Alternativen zu diskutieren, Varianten im Verfahren auszuschließen und sich auf eine Lösung zuzubewegen.“ Die berühmte „Planungszelle“ (siehe Interview S.16/17) könne für bestimmte Fälle wie den Bau eines Stadtteilzentrums eine Lösung sein. „Wenn es um den öffentlichen Raum, um Architektur, Stadtplanung oder Kunst geht, dann wird es wesentlich schwieriger, eine Entscheidung zu treffen“, sagt Maly. Da gebe es gute Gründe, manchmal die Entscheidung aus der Hand zu geben und sie einem Gremium oder Fachleuten zu überlassen. „Auch das ist Teil der Demokratie, dass ich mir nicht alles an das Bein binde“, meint der OB.

Städtische Referenten erläutern bei der mobilen Bürgerversammlung auf der Grünanlage gegenüber dem Eingang des Klinikums Nord beim ehemaligen Schwesternwohnheim ein geplantes Bauvorhaben (oben).

Mit dem Fahrrad unterwegs: Oberbürgermeister Ulrich Maly nimmt interessierte Bürger regelmäßig mit auf eine informative Rundfahrt durch die Stadt.

Fotos: Ralf Schedlbauer

KINDER FRAGEN, EXPERTEN ANTWORTEN

Kinderversammlungen, die den eigentlichen Bürgerversammlungen vorangehen, gibt es in Nürnberg seit 1996. Ihre Einrichtung ging auf eine Anregung der Kinderkommission zurück. Kinder sollten möglichst früh lernen, sich in den politischen

Willensbildungsprozess einzubringen. Insgesamt gibt es 18 Kinderversammlungen, verteilt auf zwei Jahre. Bei der Kinderversammlung im Februar in Katzwang nahmen 85 Kinder teil, erzählt die SPD-Stadträtin Ilka Soldner, die seit 2004 die Sitzungen leitet: „Es kom-



All das, was ihnen „stinkt“, können Mädchen und Jungen bei den Kinderversammlungen, wie hier im Februar 2011 in Katzwang, loswerden.



men einzelne Kinder, manche mit Eltern. Andere Kinder werden von Horten, Kindergärten, Schulen und Jugendhäusern mit Informationen vorab versorgt und sind damit gut vorbereitet.“ Schulprobleme würden in der Regel nicht angesprochen, da sei der Rahmen zu groß. Die Kinderversammlungen starten mit einer allgemeinen Fragerunde. Danach werden die Mädchen und Buben in Arbeits-

Pro Kinderversammlung gibt es zwischen fünf und zehn solcher schriftlich formulierter Wünsche und Forderungen. Die Kinder fordern oft neue Spielgeräte für Schulhöfe und Spielplätze oder einen Ersatz für kaputte Spielgeräte. Ein häufig genanntes Problem ist auch eine bessere Kontrolle von zu schnell fahrenden Autos entlang der Schulwege. Da werde dann auch verstärkt geblitzt, so die



gruppen aufgeteilt und Fachleute aus der Stadtverwaltung oder von der Polizei nehmen zu ihren Fragen Stellung und bieten Informationen an. Die Inhalte der Versammlungen werden protokolliert. Am Ende dürfen die Kinder Anträge formulieren und bekommen von der Stadtverwaltung eine endgültige Antwort.

Für Soldner ist es wichtig, dass die Kinder sich bewusst machen, was sie wollen und dabei auch die Gesamtsituation berücksichtigen: „Es ist ein Lernprozess. Wenn etwas nicht geht, dann wird nicht nur auf das fehlende Geld verwiesen.“ Soldner schätzt, dass rund 40 Prozent der Kinderanträge positiv beschieden werden. „Wir bemühen uns alle, die Forderungen zu erfüllen. Doch die Kinder müssen auch lernen, dass das Leben kein Wunschkonzert ist“, stellt Soldner fest. Stadtteil-Paten passen auf, dass nichts vergessen wird und koordinieren die einzelnen Aktionen.

Stadtträtin. Manchmal komme es auch zu Ortsterminen mit der Polizei, wenn etwa Spielflächen zugeparkt würden.

Bei der Versammlung in Katzwang wünschten sich die Kinder vom Hort Reichelsdorfer Strafe sehnlichst ein Außengelände, doch die Realisierung dürfte schwierig werden, weil der Platz knapp ist. Soldner hofft, dass in der Zukunft die Anträge von der Stadtverwaltung schneller beantwortet werden: „Manchmal müssen die Antworten auch speziell für Kinder erst einmal übersetzt werden.“ Die Stadtträtin regt an, die Einzugsbereiche von Kinderversammlungen zu verkleinern: „Sie sind angesichts der vielen Fragen eigentlich zu groß.“ ■

Kinder dürfen städtische Fachleute mit Fragen löchern und ihr Lebensumfeld mitgestalten.